

Kommentare

1,2 Millionen Besucher sind in die Berliner Ausstellung der Schätze des New Yorker Museums of Modern Art gepilgert. Dieser sensationelle Erfolg hat besondere Gründe. Aber Mut macht er allemal.

Das MoMA-Wunder macht Mut

Von unserem Redakteur Rolf Waldvogel

„Dummes Zeug!“ So wies gestern der Initiator der Berliner MoMA-Schau, Peter Raue, energisch alle Behauptungen zurück, die Ausstellung in der Neuen Nationalgalerie sei wegen des „Event-Charakters“ der Warteschlange solch ein Riesenerfolg gewesen... Aber natürlich weiß er ganz genau, dass etwas Wahrheit dran ist. Die täglichen Meldungen vom Anschwellen und Abebben des Besucherstroms hatten Kultcharakter im Berlin der letzten Monate, und der Rummel rund um die Nationalgalerie war ein Mega-Must. Nicht nur in München gibt es Adabeis, und Touristen – 70 Prozent der MoMA-Besucher – wissen ja oft genug nicht, wie sie den Tag rumbringen sollen. So standen viele nach der einen Stunde für die Reichstagskuppel auch noch die zwei, drei und mehr Stunden für die Bilder aus New York an.

Aber das alles soll die Signalwirkung nicht schmälern, die von dieser grandiosen Schau ausging. Spitzenkunst, auch Spitzenkunst der Moderne, ist ein Zugpferd. Ihre Freunde nützten die günstige Chance, die Aura der unvergleichlichen Werke aus Übersee einmal vor der Haustüre zu erleben. Noch wichtiger sind jedoch die neuen Freunde, die hier für die Kunst hinzugewonnen werden konnten. Diese nun in die ja auch bestens bestückten Sammlungen des alten Europa zu locken, müsste etwas leichter geworden sein.

Die Nato-Länder wollen jetzt zu mehr Sicherheit im Irak beitragen. Die Hilfe der Allianz wird täglich dringlicher. Immer mehr Städte im Land geraten in Rebellenhand.

Die Nato-Länder helfen dem Irak

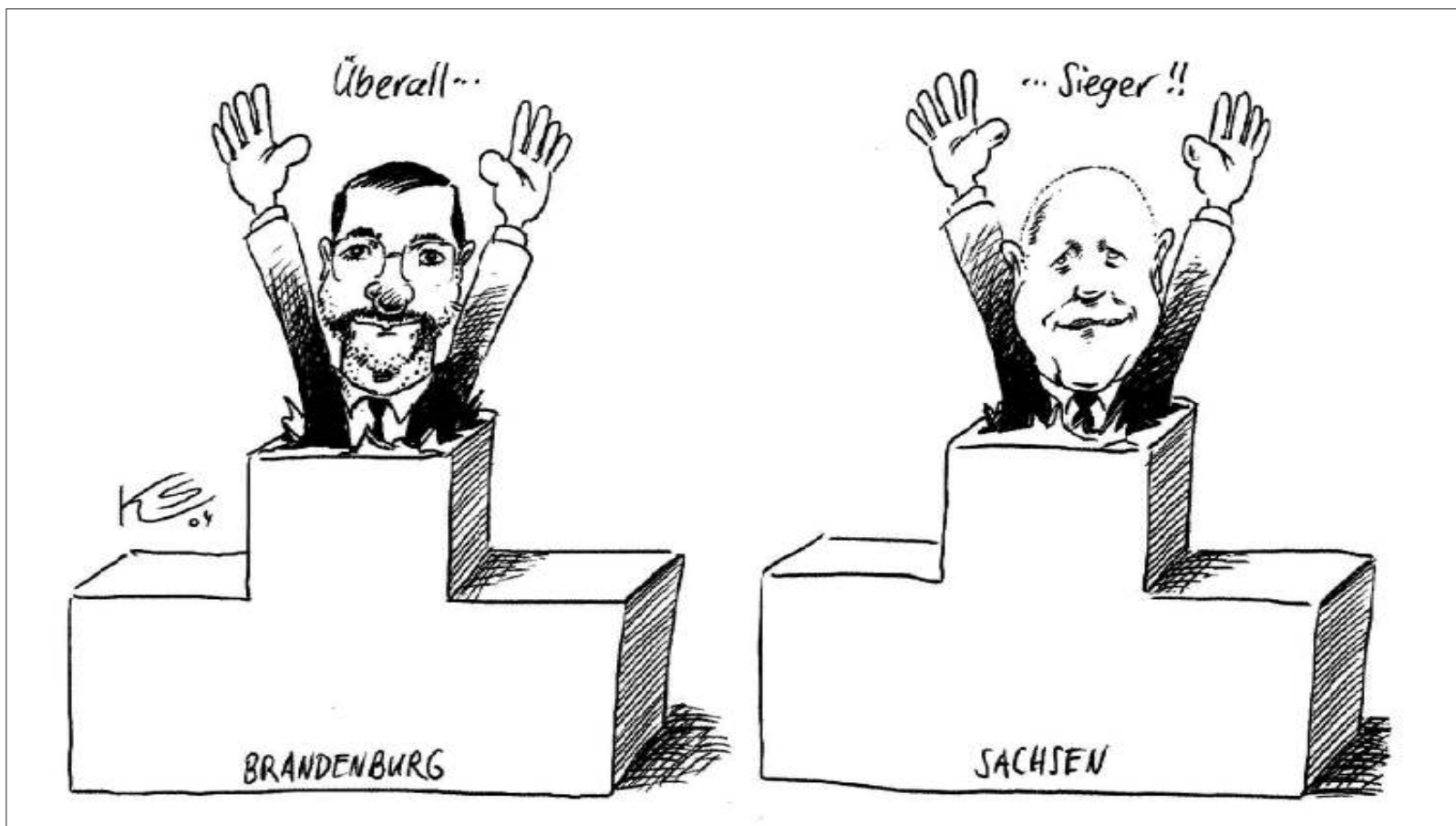
Von unserem Redakteur Rainer O. Liepert

Geiselnahmen, Terroranschläge, Sabotageakte, Raketenangriffe. Kein Tag im Irak ohne Horrormeldung. Amerika und seine Alliierten sind überlastet, Iraks Sicherheitskräfte noch nicht aktionsfähig. Sie müssen besser ausgebildet werden. Dabei will die Nato helfen – innerhalb und außerhalb des Zweistromlandes. Auch Deutschland beteiligt sich daran.

Es ist an der Zeit, dass die Nato-Europäer endlich in dieser aktuellen Krise Nägel mit Köpfen machen. Was nutzen die Pläne für schlagkräftige Kampfverbände, die 2010 innerhalb von 15 Tagen 6000 Kilometer von Brüssel entfernt eingesetzt werden können, wenn heute ein bedrohlicher Weltkonflikt beherrscht werden muss? Alle Partner, auch die bisher ablehnenden in Berlin und Paris, müssen helfen, zu retten was zu retten ist. Gerät der Irakkonflikt völlig außer Kontrolle, dann können Radikalislamisten und Terroristen von dort aus ungehindert Europa bekämpfen.

Um diese Gefahr abzuwenden, muss ein politisches Gesamtkonzept her mit ehrlicher Bestandsaufnahme, tragfähigem Wiederaufbaukonzept, fairer Lastenteilung – getragen von einem konsequenten Durchsetzungswillen. Gelingt es nicht, den Irak zu befrieden, bleibe nur das Eingestehen des Versagens und der Rückzug. Das wäre eine Demontage der Nato-Führungsmacht USA – und damit auch ein schwerer Schaden für alle Nato-Partner.

Karikatur des Tages



Eingebrochen

Parteienforscher analysiert Landtagswahlen

Es gibt die Basis für eine neue linke Partei

BERLIN- „Beide Großparteien werden für Hartz IV in Haftung genommen“, sagt Prof. Oskar Niedermayer zum Wahlausgang in Sachsen und Brandenburg. Der Parteienforscher von der FU in Berlin wirft sowohl SPD als auch der CDU Fehler vor und warnt davor, das Erstarken der Rechtsextremen in Sachsen zu verniedlichen. Unsere Redakteurin Sabine Lennartz sprach in Berlin mit Niedermayer.

SZ-Interview



Oskar Niedermayer macht die Großparteien für den Erfolg der Rechten verantwortlich. Foto: koni

SZ: Die SPD spricht von einer Trendwende. Sehen Sie die auch?

Niedermayer: Ich kann ja verstehen, dass die SPD-Politiker diesem Wahlergebnis etwas Positives abgewinnen wollen, aber ich denke, man sollte nicht übertreiben. Die SPD hat in Brandenburg deutlich über sieben Prozentpunkte verloren und in Sachsen das historisch schlechteste Ergebnis, das sie jemals hatte, eingefahren. Diese beiden Ergebnisse würde ich nicht als Trendwende ansehen. Das einzige, was man sagen kann, ist, dass Matthias Platzeck durch seine Person und die Art, wie er Wahlkampf geführt hat, ein noch weiteres Abrutschen verhindert hat.

SZ: Auch die CDU musste in beiden Ländern Verluste hinnehmen. Wird sie in Mithaftung genommen für Hartz IV?

Niedermayer: Ja, das wird sie. Schon seit einer ganzen Weile sieht man in den bundesweiten Umfragen die Prozentsätze zurückgehen. Beide Großparteien werden für Hartz IV in Haftung genommen.

SZ: CDU-Fraktionsvize Bosbach meint, die CDU müsse klarmachen, dass sie nicht eine Variante der Regierungspolitik liefert, sondern eine Alternative. Ist das klar genug geworden?

werden muss und dies der Bevölkerung zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik wirklich zumuten will, dann muss man erstens eine gute Politik machen und nicht eine Politik, die jeden Tag etwas anders verkündet, so dass die Bürger auch das Vertrauen in die handwerklichen Fähigkeiten der Politik zu verlieren beginnen, und man muss die Leute mitnehmen. Das hat man versäumt. Das war ein kommunikationspolitischer Supergau, dass man erst das Gesetz gemacht hat und dann mit den Bürgern darüber geredet hat.

SZ: Hätte die CDU die rechten Wähler einsammeln müssen?

Niedermayer: Der Teil, der die Rechtsextremen aus reinem Protest gewählt hat, hat mit den Fehlern der Regierung und auch der CDU zu tun. Der andere Teil, und das wird sträflich vernachlässigt, hat die rechtsextremen Parteien gewählt, weil er sich inhaltlich angezogen fühlt. Wir haben ein rechtsextremes Potential, das normalerweise eher die normalen Parteien wählt. Dieses Potential ist unter bestimmten Bedingungen für die rechten Parteien mobilisierbar, diese Bedingungen waren jetzt da. Erstens konnte das rechtsextreme Potential zusammengefasst werden, die NPD war in Sachsen allein auf weiter Flur. Zweitens hat sie schon länger organisatorisch einen Schwerpunkt in Sachsen. Drittens hat die NPD einen Strategiewechsel vollzogen. Sie hat früher den Kampf um die Straße in den Mittelpunkt gestellt und sich mit Kameradschaften, Neonazis, Skinheads bei Demonstrationen gezeigt, und durch ihr martialisches Auftreten viele Wähler verschreckt. Jetzt hat sie die Strategie geändert. Sie führt den Kampf um die Parlamente. Sie tritt moderater auf, sie schießt jetzt auf eine andere Art von Wählerklientel und versucht, sich als na-

SZ: Sehen sie darin auch das Erstarken der Rechtsextremen begründet?

Niedermayer: Insofern, als ein Teil der Wähler aus Protest wählt, ohne sich mit den Zielen der Rechtsextremen zu identifizieren. Dies ist den Großparteien anzulasten, vor allem der SPD. Denn wenn man der Meinung ist, dass der deutsche Sozialstaat abgebaut

tionale, wählbare, demokratische Alternative den Wählern anzubieten, auch mit Kandidaten, die keine rechten Randfiguren mehr sind, sondern die Partei ein Stückweit hoffähig machen können.

SZ: Ministerpräsident Milbradt hat gesagt, die Wahl der NPD sei vor allem eine Form des Protests und kein Ausdruck von Rechtsradikalismus oder Ausländerfeindlichkeit.

Niedermayer: Schön wäre es. Ein Teil sind Protestwähler. Doch dies zu verniedlichen, hieß, es sich zu einfach zu machen. Man hat in Sachsen nicht konsequent genug diese Dinge bekämpft. Bei der Kommunalwahl in Sachsen gab es noch keine Montagsdemonstrationen, und die NPD hat bereits 40 Mandate gewonnen.

SZ: Sehen Sie in dem Wahlergebnis auch ein Ermüdung für eine zukünftige Linkspartei?

Niedermayer: Ja, natürlich. Die längerfristigen Bindungen an Parteien nehmen ab, wir haben eine sehr viel flexiblere Wählerschaft. Ein Teil bleibt aus Protest zu Hause, eine Teil wählt die Parteien am linken oder rechten Rand. Dies bedeutet auch, dass es in naher Zukunft, solange der Protest anhält, auch eine Basis für eine neu zu gründende linke Partei gibt. Im Westen, im Osten sahnt ja die PDS ab.

i Prof. Oskar Niedermayer ist Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin. Der 52-jährige bei Heidelberg geborene Wissenschaftler hat als einen seiner Schwerpunkte das politische System Deutschlands. Niedermayer hat sich als Parteienforscher einen Namen gemacht.

Internetzugang

Ärgernis DSL: „Liebe SZ, bleiben Sie dran am Thema“

LEUTKIRCH - Der Ärger über die T-Com und deren Umgang mit dem ländlichen Raum wächst: Erneut sind drei Dutzend Mails voller Geschichten rund um schnelle DSL-Internetverbindungen bei der SZ eingegangen. Die richtet jetzt ein Internet-Forum zum Thema ein.

Von unserem Redakteur Wilfried Lindner

„Mit Ihrem Bericht sprechen Sie mir aus dem Herzen“, beginnt das Schreiben von Siegfried Härtl aus Beuron, der die gute Nachricht bekam, es gebe bald DSL – im Januar 2005 und nach drei Jahren hartnäckigem Bohren bei der Telekom. Anders erging es Sascha Munding in Ravensburg, der erst eine Zusage, dann drei Tage vor dem Freischalttermin die Nachricht bekam, das DSL nicht geschaltet werde, das änderte sich bei Nachfragen erneut, und

am Ende hatte er drei Termine, eine Rechnung und einen Volumentarif von 3000 MB – obwohl er nur 1500 MB wollte.

Schelklinger Wunder

Der Fall ist noch ungeklärt und im Einzelnen im neuen DSL-Forum der „Schwäbischen Zeitung“ nachzulesen. Die meisten übrigen hatten nicht das Glück, überhaupt einen Anschluss zu bekommen. Standard-Antwort: Sie wohnen zu weit von der Vermittlungsstelle weg, einen Anschluss herzustellen wäre zu teuer. Das hören viele, und Ralf Hertwig aus Schelklingen bekam sogar den Rat, entweder DSL-SAT, also die Satellitenlösung, zu nehmen – oder gleich umzuziehen. Gut, dass er es nicht tat, denn plötzlich ergab sein DSL-Check, im Dezember werde entgegen allen bisherigen Aussagen eine Verbindung möglich sein, übrigens exakt am 24. Dezember. Hertwig hofft nun auf ein technisches Weihnachtswunder. Aber glauben mag er noch nicht dran.

„Da stechen Sie in ein Wespennest“, schreibt Arnold Tibus, dessen erster DSL-Antrag vier Jahre alt ist. Er wohnt in Salem-Oberstenweiler und ist wie viele andere dort vom schnellen Internet ausgeschlossen. In Frankreich, hat er beobachtet, ist die DSL-Verbindung erheblich besser: 6 Mbit/s für 29,99 Euro im Monat.

Andere machen ihrem Ärger produktiv Luft: Rainer Konstanzer will gemeinsam mit anderen in Blitzenreute bei Ravensburg eine Wireless LAN-Funkverbindung aufbauen und hat dafür ein ganzes Konzept als Powerpoint-Präsentation vorbereitet; erste Versuche, über Richtantennen bis Köpfingen zu kommen, haben bereits funktioniert. Jetzt suchen die Blitzenreuter noch einen „Brückenkopf“ in Weingarten.

„Es ist eine Schande, wie man da behandelt wird“, schreibt Jutta Brotzer aus Mittelbibberach. Und Markus Spohn, der in Bermatingen bei

Blaubeuren, aber 7,4 Kilometer von der nächsten Vermittlungsstelle entfernt lebt, hat von einem Freund bei der Telekom erfahren, es sei eigentlich kein Problem, einen Verstärker einzubauen – es geschieht aber nicht.

Mehr Geschichten bei SZOn

Das DSL-Thema ist übrigens keins nur für Privatpersonen; auch etliche Unternehmen beschreiben, wie wenig kundenfreundlich die T-Com mit ihnen umgeht. Helmut Stoklossa schreibt: „Bleiben Sie dran am Thema!“ Die SZ bleibt dran, sammelt die Erfahrungen (**Mails an redaktion@szon.de**) und bringt sie in voller Länge. Die Ergebnisse legt die Redaktion demnächst der T-Com vor.

Mehr DSL-Geschichten bei SZOn im Internet unter: www.SZOn.de/dsl

Randnotiz

Dumm gelaufen für die schweren Jungs

Das Leben ist ungesund und endet meist tödlich – besonders in den Millionenmetropolen Lateinamerikas, wo die Lebenshaltungskosten zwar niedrig, die Lebenshaltungskosten aber hoch sind. Jede Stadt hat ihr eigenes kriminelles Profil: in Mexiko-City drohen Entführungen (derzeit alle 40 Stunden eine), in Bogota und Medellín Meuchelmorde, in São Paulo und Rio de Janeiro Raubüberfälle. In der 17-Millionen-Megastadt Mexiko-City wird seit Mai diesen Jahres drakonisch vorgegangen. Mit einer Strafe von rund 120 Euro muss jeder rechnen, der auf der Straße Höker anbietet oder sich den Autofahrern als unerwünschter Parkwächter oder Scheibenputzer aufdrängt. Mit einmal sind die Gehwege wieder frei von Plunder und die aufdringlichen Bettler verschwunden. Dafür sind die Gefängnisse voll: 11 000 Personen hat die Polizei wegen Verletzung des Gesetzes über die „Zivilkultur“ festgenommen – und bald wieder entlassen müssen. Immerhin blieben im Sieb rund 1000 Schwerverbrecher hängen, die man schon lange gesucht hatte. (goe)

Das Zitat



„Ich hab mich mit meinen Songs aus allen Lebenslagen herauskomponiert.“

(Schlagersänger Udo Jürgens in Hamburg bei der Vorstellung seines autobiographischen Romans „Der Mann mit dem Fagott“)

Pressestimmen

Ostdeutsche Schimpfbude

Zum Ausgang der Landtagswahlen in Deutschland meint die „Neue Zürcher Zeitung“:

„Die Resultate der Landtagswahlen in den beiden ostdeutschen Bundesländern Brandenburg und Sachsen sind beileibe kein Ruhmesblatt. Weder für die Politiker, denen es einen neuen Rahmen zu setzen galt, noch – und dies vor allem – für die Wählenden. Man kann die Sache drehen, wie man will, man wird das Gefühl nicht los, dass hier die Demokratie mit einer reinen Protest-Plattform, einer Schimpfbude, verwechselt worden ist.“

Gefährlicher Aufstieg

Zum selben Thema schreibt die spanische Tageszeitung „El País“:

„Der Strom des Unbehagens in Deutschland ist bei den Wahlen in Brandenburg und Sachsen über die Ufer getreten. Besorgnis erregend ist vor allem der Aufstieg der NPD in Sachsen. Bei dieser Partei handelt es sich um eine ultrarechte, neonazistische und rassistische Organisation, die eine Revision der deutschen Grenzen verlangt.“

Rechte wieder salonfähig

Die römische Zeitung „Il Messaggero“ meint:

„Jetzt beginnt Ostdeutschland Europa wieder Sorge zu bereiten. Bei den Rechtsextremen handelt es sich um finanziell gut ausgestattete Gruppen (das gilt vor allem für die DVU), die nun damit beginnen, nicht nur junge Glatzköpfe anzuziehen, sondern auch kleine Gewerbetreibende, Ärzte, Handwerker. Die Ultrarechte, ihre Auffassungen und ihre Werte, beginnen von einem Teil der Gesellschaft als „salonfähig“ aufgefasst zu werden.“

Ein schmutziger Fleck

Italiens Zeitung „La Repubblica“ schreibt: „Nostalgiker der ‚beiden H’s‘, von Hitler und Honecker, gewinnen mit ganz ähnlichen Slogans: Nein zum Abbau und zu den Reformen des Sozialstaates, Nein zum Euro und zur Nato, Nein zum Europa der offenen Grenzen. Die extremen politischen Ränder lasten wie ein schmutziger Fleck auf dem internationalen Ansehen der deutschen Demokratie.“